



Ulla Jelpke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 71 252

📠 (030) 227 – 76 751

✉ ulla.jelpke@bundestag.de

Pressemitteilung

Freitag, 2. Juni 2006

Parole des Sudetentages ist aggressiv und revanchistisch

Am Wochenende findet in Nürnberg der 57. Sudetendeutsche Tag unter der Parole „Vertreibung ist Völkermord – Dem Recht auf die Heimat gehört die Zukunft“ statt. In seinem Grußwort erklärte dazu der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt (MdEP, CSU), bei der Umsiedlung der Sudetendeutschen habe es sich nicht um eine Kriegsfolge gehandelt, „sondern um ein eiskalt geplantes Nachkriegsverbrechen, um Völkermord“. Dazu erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Ulla Jelpke:

Zurecht hat Martin Schulze, Mitglied der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission, in einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 29. Mai dieses Jahres darauf hingewiesen, dass das Motto des diesjährigen Sudetendeutschen Tages noch nie so aggressiv gewesen sei. Das zeigt zweierlei: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat in den letzten Jahrzehnten nichts dazu gelernt. Ihre Parole vom Recht auf die Heimat ist in ihrem Kern revanchistisch. Und das ist auch ihr Geschichtsbild, wie die Äußerungen ihres Vorsitzenden Bernd Posselt zeigen. Denn die Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei als ein „eiskalt geplantes Nachkriegsverbrechen“ und als „Völkermord“ zu bezeichnen, ist eine Beleidigung der Opfer des deutschen Vernichtungskrieges in Osteuropa und des Holocaust. Dass daran auch viele Sudetendeutsche beteiligt waren, gehört offensichtlich nicht zum kritischen Geschichtsbild der Landsmannschaft.

Zweitens: die Koalition hat mit ihrer Ankündigung, in Berlin „eine sichtbares Zeichen gegen Vertreibungen“ zu setzen, der Lobby der Vertriebenen neuen Mut gemacht. Mut nicht zu tatsächlicher Versöhnung, die mit einem Eingeständnis eigener Schuld beginnen müsste. Sondern Mut, in altbewährter Manier die Geschichte zu verdrehen und die Deutschen in Osteuropa zu den eigentlichen Opfern des Zweiten Weltkriegs zu machen.

Von der Bundesregierung fordere ich, ihre Vertreter von dieser Veranstaltung zurückzuziehen und endlich die finanzielle Unterstützung der revanchistischen Umtriebe der Vertriebenenverbände einzustellen.